

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 804 60 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 301 A

BERLIN • Freitag, den 20. Januar 1933

2. JAHRGANG

Schleicher vor der Pleite.

W-er. Seitdem der große Ministerschleber und -stürzer, Herr von Schleicher, selber ans Licht der Öffentlichkeit gezogen worden ist und einige Taten vollbracht hat, die ihn nichts kosteten und die meisten anderen freuten, wie z. B. die Amnestie vom 20. Dezember und die Aufhebung des sozialpolitischen Teils der Sommernotverordnung,

der praktisch durch die kämpferischen Aktionen der deutschen Arbeiterschaft sowieso außer Kraft gesetzt worden war —

seit diesen Heldentaten des angeblich klugen und sozialen Generale hat sich eine Schacherei herausgebildet um das Zustandekommen einer nationalen Konzentration, wie sie von den Herren um Schleicher im allgemeinen wegwerfender Weise nur den Ostjuden zugetraut wird. Man ist sich in den Kreisen, die sich für eine nationale Konzentration für fähig halten, offenbar noch nicht einig geworden über den Kaufpreis, man könnte auch sagen, über die Höhe der Anteile, die die einzelnen Gruppen in die neue Firma mit einzubringen haben. Durchaus entsprechend dem modernen Geschäftsverfahren sucht jeder bei diesem Handel möglichst wenig zu zahlen und möglichst viel zu ergattern.

Nun ist aber über all diese Handelei hinweg schließlich der 24. Januar ziemlich dicht herangekommen, der Tag also, an dem die Reichsregierung vorläufig noch verpflichtet ist, sich mit dem Reichstag zu unterhalten, und an dem sie parlamentarisch gestürzt werden kann. Die „gut unterrichteten politischen Kreise“ lassen am Mittwoch abend ganz allgemein verlauten,

„daß die Ereignisse auf einen Konflikt zwischen Reichsregierung und Reichstag zutreiben. Dieser Eindruck wird vor allem darauf zurückgeführt, daß an die Möglichkeit einer Unterredung zwischen dem Reichskanzler von Schleicher und Adolf Hitler nicht mehr geglaubt wird. Man ist auch nicht mehr der Meinung, daß Hitler zu einer Besprechung mit Schleicher bereit wäre. Die bisherigen Vermittlungsaktionen, die, wie versichert wird, übrigens ohne jede Initiative des Reichskanzlers stattfanden, hätten jedenfalls bisher zu nichts geführt. Was die gestrige Unterredung Dr. Hugenbergs mit Hitler angeht, so kann hinzugefügt werden, daß diese nicht einer Vermittlung im Sinne der akuten Frage des Verhältnisses zwischen Reichstag und Reichsregierung von Schleicher gegolten hat. Dagegen dürfte eine Unterredung zwischen Hitler und Herrn von Papen, die nun doch am Mittwoch nachmittag stattgefunden haben soll, dem Bemühen gegolten haben, eine Unterredung Hitler-Schleicher zustandezubringen. Da eine Anmeldung von Papens beim Reichskanzler aber nicht vorliegt, rechnet man damit, daß die Bemühungen Papens gescheitert sind. Ob von dritter Seite noch ein weiterer Versuch gemacht wird, ist nicht bekannt, wird aber nach Lage der Dinge auch nicht als besonders aussichtsreich betrachtet.“

Während es an unterrichteter Stelle noch vor wenigen Tagen hieß, daß die Reichsregierung in einer Zustimmung der Nationalsozialisten zu einer zweimonatigen Vertagung des Reichstages eine Tolerierung der Regierung betrachten würde, kann heute gesagt werden, daß unter den obwaltenden Umständen diese Meinung kaum noch weiter aufrechterhalten wird. Es verlautet weiter, daß die Regierung es nicht zu einem geschäftsführenden Kabinett kommen lassen will, das heißt also, daß sie für den Fall eines drohenden Mißtrauensvotums voraussichtlich vorher zur Auflösung schreiten dürfte. Als Zeitpunkt für die Neuwahl wurde am Mittwoch abend mit ziemlicher Bestimmtheit der 19. Februar genannt, da der 26. Februar wegen der Faschingsfeiern in Süd- und Westdeutschland kaum in Frage kommen kann (!). Die erneut aufgetauchte Behauptung, daß es fraglich sei, ob Herr von Schleicher noch die Vollmacht zur Auflösung erhalten würde, wird in unterrichteten Kreisen als eine mehrfach bereits dementierte Zweckdarstellung bezeichnet.“

Nach dieser Meldung scheinen also Neuwahlen ziemlich unvermeidlich zu sein. Wir stellen jedoch ein Gerücht hier ausdrücklich fest, von dem „Der Deutsche“ erfahren haben will, der, wahrscheinlich infolge seiner guten Beziehungen zu dem ehemaligen Reichskanzler Brüning und dem ehemaligen Arbeitsminister Stegerwald, über die Intrigen bei der Regierungsbildung jüngster Zeit immer gut unterrichtet gewesen ist. Danach sollen Pläne bestehen, nach Auflösung des Reichstages Neuwahlen bis auf weiteres hinauszuschleppen, und zwar mit Hilfe des Art. 48 und der Begründung, es läge ein „rechtlicher Notstand“ vor. Dieser rechtliche Notstand wird darin erblickt, daß der neue Reichstag wahrscheinlich ebenfalls arbeitsunfähig sein werde, und daß also eine peinliche Beobachtung der Bestimmungen der Weimarer Verfassung dahin führen müsse, letzten Endes die ganze Verfassung zu gefährden.

Um das Leben Huan-Pings.

Der Internationale Sozialistische Kampfbund, die Internationale Hilfsvereinigung und die Deutsche Friedensgesellschaft haben in einem gemeinsamen Telegramm an Tschiang-Kai-Schek die Freilassung des chinesischen Arbeiterführers Huan-Ping gefordert. Die Deutsche Liga für Menschenrechte und der Bund entschiedener Schulreformer haben ebenfalls, wie wir nachträglich erfahren, gegen die Verhaftung protestiert. Ebenso Lehrer und Schüler der Odenwald-Schule und eine Reihe von Ärzten und Wissenschaftlern. Eine Reihe kommunistischer Organisationen in den USA (Antiimperialistische Liga, Rote Hilfe, Liga für gewerkschaftliche Einheit u. a.) haben an Tschiang Hsue-Liang telegraphiert und die Freilassung Huan-Pings gefordert. Sie haben außerdem Demonstrationen vor den chinesischen Konsulaten in New York, Washington und San Francisco organisiert.

Ueber Huan-Ping ist seit der Nachricht von seinem Abtransport nach Nanking nichts Näheres zu erfahren. In der chinesischen Gesandtschaft in Berlin „weiß man nichts“. Man weiß wahrscheinlich wirklich nichts.

7000 Klassenkämpfer sind während des vergangenen Jahres in Japan verhaftet worden, Ende Oktober allein 2000. Diese Zahlen werden von den japanischen Behörden bekanntgegeben.

AUS DEM INHALT:

Richtlinien für Landräuber.
Nutznießer der deutschen Bodensperre.
Wirtschaftspolitisches Flickwerk.
Der Sonnenberger Polizei-Skandal.
Verein für das Deutschtum.
Der Kampf um die Sanierung.

Die Razzia vom Oktober schloß sich an die Verhaftung dreier Männer an, die eine Bank bei Tokio überfallen hatten und beim Verhör Ort und Zeit einer bevorstehenden Zusammenkunft kommunistischer Funktionäre verriet.

Etwa 200 Japaner drangen am Mittwoch in die Räume der amerikanischen Singer-Nähmaschinenfabrik in Yokohama ein und zerstörten die Einrichtung der Büroräume. Dies geschah, während das nicht-japanische Personal zum Mittagessen fortgegangen war. Es ist noch nicht klar, ob es sich um eine Sympathie-Kundgebung für die seit längerer Zeit streikenden japanischen Angestellten bei Singer oder um eine Explosion des Nationalismus handelt.

Prinzlicher Devisenschieber in Hitlers Dienst.

Die Berliner Justizpressestelle teilt mit: „Das Ermittlungsverfahren gegen den Oberstleutnant a.D. Prinz Ysenburg und den früheren badischen Rechtsanwalt Kienitz wegen Devisenvergehens ist auf Antrag der Verteidigung durch Beschluß des Amtsgerichts Berlin-Mitte eingestellt worden. Die Einstellung erfolgte, weil der Einwand der Beschuldigten, aus politischen Motiven gehandelt zu haben, als nicht widerlegbar angesehen wurde. Die Staatsanwaltschaft I hat gegen diesen Beschluß vorsorglich Beschwerde eingelegt.“

Am 13. Juli 1932 sind die beiden Genannten verhaftet worden, weil sie unter Umgehung der Devisenvorschriften etwa 250 000 Mark verschoben hatten. Die Beiden hatten die 250 000 Mark offenbar für die NSDAP zur Finanzierung des Wahlkampfes gesammelt und, um die Herkunft zu tarnen,

nach Frankreich gebracht und „von dort über den Credit Alsace et Lorraine in Saarbrücken an die dortige Reichsbankstelle“ überwiesen. Die Verteidiger wollten sich auf den Vorwurf, daß es sich um Gelder für die Nazis handelte, seinerzeit nicht äußern, „da Prinz Ysenburg sich durch ein Ehrenwort verpflichtet halte“. Die „Vossische Zeitung“, also gewiß kein Hetzblatt, schreibt über den prinzlichen Herrn:

„Es ist jetzt gerichtsnotorisch, daß Prinz Ysenburg für die sogenannte „Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ bei der Schwerindustrie Geld gesammelt hat und daß dieses Geld, offensichtlich aus steuerlichen Gründen, getarnt über Frankreich nach Deutschland geflossen ist. Die Ablehnungsversuche helfen nichts mehr. Ueber wesentliche Geldquellen der Nationalsozialisten hat der Fall Ysenburg eindeutige Klarheit gebracht.“

Darum sei es gerechtfertigt, sich über einen einzelnen Punkt der Verfassung hinwegzusetzen, um die Gesamtverfassung vor der Zerstörung zu bewahren.

Daß diese abenteuerliche „Argumentation“ nichts mehr mit Verfassung einer Republik zu tun hat, ist klar. Wenn man erst den allgemeinen Notstand proklamiert, dann fängt schließlich jeder nach Belieben an, aus diesem Notstand das für ihn passende herauszuschlagen; der allgemeine Notstand bedeutet dann eben das allgemeine Faustrecht. Daß dies moralische oder rechtliche Hemmungen hervorrufen würde bei Menschen, wie sie am 20. Juli an die Macht gekommen sind, glauben wir natürlich nicht.

Wir glauben vielmehr, daß, wenn heute die herrschende Klasse noch einigermaßen, wenigstens formal, sich in rechtlichen Bahnen bewegt und nicht auf dem Wege des bloßen Faustrechts, sie dies deshalb tut, weil sie innerhalb dieses Faustrechts die Faust der Arbeiterschaft vorläufig noch zu sehr fürchtet.

Die Arbeiterschaft Belgiens und Frankreichs hat gerade in jüngster Zeit wieder den Weg gezeigt, auch in Sachsen zeigen sich hoffnungsvolle Ansätze zur Bildung der Einheitsfront und zur Aktivierung der Arbeiterschaft. Die deutsche herrschende Klasse hat unter unsäglicher Geduld der deutschen Arbeiterschaft einen Stümper nach dem andern als Staatsmann präsentiert. Auch der mit großem Tamtam selbst durch linkere Kreise Deutschlands empfangene Herr von Schleicher steht, wie zu erwarten war, am Ende seines Lateins. Gerade wenn die Arbeiterschaft sich nicht rechtzeitig aufrafft, diesen ganzen Klüngel energisch beiseite zu schieben und die Regelung ihres Geschicks in die eigenen Hände zu nehmen, bleibt für die herrschende Klasse nichts weiter übrig, als die Maßnahmen, die für den äußersten Fall einen, wenn auch grauenhaften Ausweg bieten:

die physische Niederschlagung der Arbeiterschaft durch den offenen Faschismus und durch den Krieg.



Arbeiterführer und Arbeiter, die dies verhindern wollen, und sie sind verpflichtet, das zu verhindern, haben sich heute mit aller Kraft dem Vorbild der Genossen anzuschließen, die unter Hintansetzung alles Parteigezänks und aller theoretischen Streitfragen weitergehender Art zu einer gemeinsamen Abwehrfront bereits zusammengefunden haben.

Der Kampf der belgischen Arbeiter.

Vorläufig liegen über den Kampf der belgischen Arbeiter nur spärliche Nachrichten vor. Aber wenn auch über Einzelheiten nicht viel zu erfahren ist, so zeigt doch jeder neue Bericht, daß die Einheitsfront zwischen Sozialisten und Kommunisten sich in Belgien bewährt. „L'Humanité“, die Zeitung der französischen Kommunisten, schreibt: „Unsere Genossen nehmen an den Demonstrationen der Belgischen Arbeiterpartei (SP) teil. Besonders im Bergwerksgebiet von Borinage hat die Bewegung einen mächtigen Umfang angenommen. Dort hat sich die Einheitsfront noch vom Bergarbeiterstreik des vergangenen Sommers her erhalten, es bedurfte daher keiner neuen Beschlüsse, um gemeinsame Aktionen der Kommunisten und Sozialisten in Gang zu bringen. Auf einigen Zechen wird bereits gestreikt. Die Demonstrationen sind in manchen Orten von einer Größe, wie sie selbst im vergangenen Sommer kaum jemals zustande kam.“

Englands Handel mit Japan.

Um die Ausplünderung Chinas.

Gu-n. Dem Genfer Neunzehner-Ausschuß war bei seiner Bildung u. a. die Aufgabe gestellt worden, die Durchführung der damals bereits vom Völkerbundsrat in der Mandchurei-Frage gefaßten Beschlüsse zu überwachen. Zu diesen Beschlüssen gehörte der auch von Japan anerkannte, daß die japanischen Truppen in die Eisenbahnzone zurückgezogen werden sollten. Diese Aufgabestellung des Neunzehner-Ausschusses ist noch nicht ein Jahr alt (März 1932), und ihre Vergleichung mit den jetzigen Händeln in dem Ausschuß zeigt, mit welcher Wucht inzwischen der vorstoßende Imperialismus die schon damals kümmerlichen Ansätze einer internationalen Rechtsordnung beiseite geschoben hat.

Der vorstoßende Imperialismus — und keineswegs der japanische allein! Denn was sich aus den jetzigen Genfer Machenschaften in deutlicheren Umrissen abhebt, ist die unverhohlene

Verständigung zunächst des englischen Imperialismus mit dem japanischen Partner um den englischen Beuteanteil auf Kosten Chinas.

Bereits im Dezember trat der englische Außenminister mit seiner außerordentlich japanfreundlichen Rede in Genf hervor. Seitdem ist die Japanfreundlichkeit mehr und mehr der herrschende Ton in der konservativen englischen Presse geworden. Diese Entwicklung wird unterstrichen durch

ein Manöver des Generalsekretärs des Völkerbundes, des Engländers Drummond.

Der Genfer Berichterstatter des „Manchester Guardian“ schildert dies so: Ein Mitglied der japanischen Delegation kam zu Drummond und bat ihn, einen Text zu entwerfen, der geeignet sei, von der japanischen Regierung als ihr Gegenvorschlag zu der Dezember-Entscheidung des Neunzehner-Ausschusses vorgelegt und von diesem Ausschuß erwogen zu werden. Drummond hat sich dann in der Tat daran gemacht, mit dem Japaner zusammen „eine Formel“ zu entwerfen, und diese ist dann über Matsuoka nach Tokio zur Begutachtung telegraphiert worden. Die Antwort wurde zu Mittwoch erwartet; das war der Grund für die Vertagung des Ausschusses vom Montag auf den Mittwoch. Inzwischen hielten aber die Japaner nicht den Mund, und so kam es, daß der chinesische Delegierte Yen dem am Montag zusammengetretenen Ausschuß schriftlich eine scharfe Ablehnung des Vermittlungsvorschlages vorgelegt hat.

Es ist klar, daß das Verhalten des Völkerbunds-Sekretärs mit der eindeutig überparteilichen Haltung, die man von einem Richter internationaler Konflikte verlangen muß, durchaus unvereinbar ist.

Um so vereinbarer scheint es mit dem Kurs der englischen Außenpolitik zu sein.

Der „Manchester Guardian“ charakterisiert diesen Kurs wohl richtig dahin, „daß die englische Regierung, alarmiert

durch die Gefährdung wichtiger britischer Interessen infolge der militärischen Maßnahmen der Japaner, jetzt versuche, sich Japan zu kaufen auf Kosten Chinas“. Ebenso wie britische Flottenchefs versucht hätten, die Chinesen zu einer Vereinbarung über die „Neutralisierung“ von Schanghai zu bewegen, so sei es „offensichtlich die Politik der britischen Regierung, auch andere chinesische Städte zu neutralisieren“.

„Neutralisieren“, „offene Tür“

das sind verschiedene Ausdrücke dafür, daß die imperialistischen Räuber alle etwas von China einstecken möchten.

Der sogenannte japanische Gegenvorschlag hat am Mittwoch dem Neunzehner-Ausschuß vorgelegen.

Ueber seinen Inhalt ist bekannt geworden: 1. daß Japan die Einbeziehung der russischen und der amerikanischen Regierung in das Vermittlungsverfahren des Völkerbundes strikt ablehnt; 2. daß die vom Ausschuß zu fassende Entscheidung die Frage der Anerkennung oder Nichtanerkennung Mandschukuo nicht berühre. Der Ausschuß hat beschlossen, zunächst Matsuoka zu fragen, ob Japan den ursprünglichen Vermittlungsvorschlag des Ausschusses von Ende Dezember annehmen könne, falls die beabsichtigte Einladung der Vereinigten Staaten und Sowjetrußlands fallen gelassen werde. Der Dezember-Vorschlag enthielt über Mandschukuo die Feststellung, daß weder der frühere noch der gegenwärtige Zustand anerkannt werden könne, eine Feststellung also, die nach dem japanischen Gegenvorschlag gestrichen werden müßte. Eine neue Ausschußsitzung ist noch nicht wieder angesetzt worden. Drummond und Hymans verhandeln zunächst mit Matsuoka, dieser dann mit Tokio u. s. w., u. s. w.

Inzwischen lassen die Japaner kaum ein Interview verstreichen, ohne

mit ihrem Austritt aus dem Völkerbund zu drohen.

Und in bezug auf die USA hat der japanische Kriegsminister der japanischen Presse gesagt, die Einstellung Amerikas zu den Vorgängen im Fernen Osten, wie sie aus den amerikanischen Blättern hervorgehe, sei für die Japaner uninteressant; die Aufregung der amerikanischen Öffentlichkeit sei ihm unverständlich; Japan habe doch zur Zeit der amerikanischen Militär-Operationen in Nikaragua starke Zurückhaltung gezeigt.

Die Engländer scheinen sich angesichts dieser Frechheit zu sagen: laßt uns zusehen, was wir von den Japanern einhandeln können, solange wir sie noch in Genf am Tisch haben; außerdem haben wir dann gegenüber den Amerikanern die Vorhand in dem Handel.

Die chinesischen Stimmen

drängen mehr und mehr auf eine „selbständige“ Politik. Auch vom Austritt Chinas aus dem Völkerbund ist wieder stärker die Rede. Von der chinesischen Politik wird noch zu reden sein.

Die östlichen Nachbarn.

1. Dauernde Neutralisierung Oesterreichs?

Der „Daily Telegraph“ brachte eine Meldung, daß die französische Regierung neue diplomatische Schritte beabsichtige, um Oesterreich für dauernd „neutral“ zu erklären, d. h. ihm etwa den Status der Schweiz zu geben. Hierdurch soll jede wirtschaftliche oder politische Vereinigung mit Deutschland oder Italien verhindert werden.

Die internationale Stellung der Schweiz ist gewiß nicht die schlechteste. Die Schweiz hat praktisch keine Außenpolitik (was im Vergleich zu der gefährlichen Außenpolitik anderer Staaten ein Vorteil ist) und ist bestimmt nicht maßgeblich an der Hetze zu neuen Kriegen beteiligt. Wenn der Bericht des „Daily Telegraph“ richtig ist, würde die Neutralität Oesterreichs aber nicht nur darin bestehen, auf Außenpolitik zu verzichten, sondern Oesterreich müßte wirtschaftlich „selbständig“ bleiben, was jedoch die Lebensfähigkeit der österreichischen Wirtschaft solange stark beeinträchtigen würde, wie die Handelspolitik der mit Oesterreich in Verkehr stehenden Staaten sich in der Errichtung von Handelschranken erschöpft.

2. Der Waffenschmuggel.

Zur Erwiderung auf die sozialistische Interpellation über den Waffenschmuggel von Italien durch Oesterreich nach Ungarn, der durch die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ aufgedeckt worden ist, erstattete Pierre Cot in der französischen Kammer Bericht über die Informationen, die die französische Regierung hierüber eingezogen hat. Bundeskanzler Dr. Dollfuß habe zugegeben, daß 27 Waggons Waffen über die italienisch-österreichische Grenze transportiert worden seien. Dies allein stelle, so erklärte Cot, schon eine Verletzung des Vertrags von St. Germain dar. Der französische Gesandte in Wien habe Anweisung bekommen, dafür zu sorgen, daß derartige Fälle sich in Zukunft nicht wieder ereignen.

Um die russischen Vorkriegsschulden.

Angeblieh werden demnächst Verhandlungen stattfinden zwischen der Sowjet-Union und Frankreich über die französischen Ansprüche aus alten Vorkriegsschulden des zaristischen Rußlands. Die Anregung zu diesen Verhandlungen ist nach einer Meldung der „Telegraphen-Union“ unmittelbar von Frankreich ausgegangen. In dieser Meldung heißt es ferner, daß die Sowjet-Union Gegenforderungen aufstellen und Schadenersatz für die Anwesenheit französischer Truppen in Rußland zur Zeit des russischen Bürgerkrieges verlangen wird.

Bomben- und Eisenbahnattentate in Spanien.

In allen Teilen Spaniens werden von der Polizei Haus-suchungen vorgenommen, die bereits verschiedene kleinere und größere Bombenlager zutage förderten. In Logrono wurden 200 Bomben beschlagnahmt. In Bilbao explodierte eine Bombe in der Kirche, wodurch der Beichtstuhl zerstört wurde.

Der Schnellzug Madrid-Barcelona stieß bei der Durchfahrt durch die Station Cetina infolge falscher Weichenstellung mit einem Güterzug zusammen. Drei Personen wurden getötet und mehrere zum Teil schwer verletzt. Es wird vermutet, daß es sich wieder um einen Sabotageakt handelt, wie sie immer noch häufig verübt werden.

3. Die Reichsregierung zur Revision der Ostgrenzen.

In einer Berliner Meldung der französischen Telegraphen-Agentur Havas heißt es, Reichsaußenminister von Neurath habe erklärt, daß die Reichsregierung bei dem augenblicklichen Stand der Dinge nicht daran denke, selber die Initiative zu einem Antrag auf Revision der Ostgrenzen Deutschlands zu ergreifen“. Er habe hinzugefügt, daß, wenn Deutschland in Genf aufgefordert würde, neue Verträge hinsichtlich seiner Grenze mit Polen zu unterzeichnen, es diesem Antrag seinen Willen entgegenzusetzen müßte,

diese Grenze nicht anzuerkennen und daran zu erinnern, daß Deutschland ihre Revision zu erreichen wünsche.

Von Berliner zuständiger Stelle wird dazu erklärt, daß der Außenminister diese Erklärung nicht abgegeben habe, sie jedoch dem Standpunkt der Reichsregierung entspreche.

4. Tschechoslowakei-Polen.

In Warschau wurde am Dienstag eine tschechisch-polnische Pressekonferenz beendet, auf der u. a. beschlossen wurde, in beiden Ländern auf eine gemeinsame Ausnutzung der polnischen Häfen Gdingen und Danzig und der tschechoslowakischen Donauhäfen zu wirken. Ferner wurde festgestellt, daß beide Staaten ein Interesse an der Aufrechterhaltung der durch die Friedensverträge geschaffenen Grundlage ihrer Existenz haben. Die durch diese Verträge geschaffene Neuordnung Europas sei eine bessere und gerechtere. Angriffe auf diese neue Ordnung müßten darum zurückgedrängt werden. Versuche, den augenblicklichen Gebietszustand zu ändern, würden eine Bedrohung des Weltfriedens (seit wann besteht Weltfrieden?) bedeuten.

5. Rumänien.

Die rumänische Regierung hat den Beamten die Gehälter um 10—12 Prozent gekürzt.

Von den Kürzungen sind nur die Offiziere ausgenommen!

Der Prager Kraftdroschkenstreik.

Obwohl der Zentralverband der Automobil-Verkehrs-unternehmer die Beendigung des Prager Kraftdroschkenstreiks verordnet hat, geht der Kampf weiter. In ganz Prag fährt keine Kraftdroschke. Nur einige Pferdedroschken sind wieder ausgegraben worden. Der tschechische Innenminister erklärte, er werde sich bemühen, das von den Droschkenführern bekämpfte Gesetz in den Ausführungsbestimmungen zu mildern.

Unfälle beim Eislaufen.

Am 18. Januar gegen 16.30 Uhr brach der elfjährige Schüler Hans Günther Schneider aus Spindlersfelde beim Schlittschuhlaufen auf der Oberspree ein und ertrank. Die Leiche wurde in das Krankenhaus Köpenick gebracht.

Für 27 000 Mark Wertzeichen gestohlen.

In der Nacht zum 18. Januar drangen Einbrecher in ein in Bergfelde gelegenes Postamt ein und erbrachen den Geldschrank. Es fielen ihnen Wertzeichen im Werte von 27 000 Mark, und zwar für 12 000 Mark Invalidenmarken sämtlicher Werte und für 15 000 Mark Briefmarken in den Werten von 3 bis 80 Pfennig in die Hände.

Kampf um die Sanierung. Der Plan Chérons veröffentlicht.

K. M. Dienstag wurde der Plan für das zweite Zwölftel des französischen Budgets der Kammer und der Öffentlichkeit übergeben. In einer 178 Seiten langen Schrift sind die 171 Artikel des Gesetzentwurfes enthalten und außerdem eine ausführliche Begründung der Maßnahmen, vom Finanzminister verfaßt. In diesem Teil heißt es, daß das große Defizit nicht in erster Linie auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen sei, sondern auf die schlechte Finanzwirtschaft während der vergangenen Jahre. Der Plan der Regierung sehe eine sofortige Deckung des Defizits und, sobald diese erreicht sei, die Aufnahme einer Kousolidierungsanleihe von 15 Milliarden Francs für die Umwandlung der schwebenden in eine langfristige Schuld vor.

Der Inhalt des Finanzplanes gleicht im wesentlichen den bereits früher angestellten Vermutungen. Die Gehälter der Beamten, die mehr als 12 000 Francs (2000 Mark) im Jahr verdienen, werden demnach, nur im Jahre 1933, um 2—10 Prozent gekürzt. Innerhalb von zwei Jahren sollen die überflüssigen Beamtenstellen abgebaut werden. Die Militärausgaben werden um 638 Millionen Francs — 106 Millionen Mark — gesenkt werden. Außerdem werden die Staatseinnahmen erhöht durch Aufhebung bisher gewährter Steuererleichterungen, durch Erhöhung sämtlicher direkten Steuern, darunter auch der bereits sehr hohen Erbschaftsteuer, um 5 Prozent, durch Erhöhung der Benzin- und Alkoholverbrauchssteuer und Einführung einiger neuer Steuern, ferner durch strenge Maßnahmen gegen die Steuerflucht.

Daß die Finanzvorlage im Parlament angenommen wird, wird allgemein stark bezweifelt. Nicht nur die Rechtsparteien und Sozialisten sind dagegen, sondern auch der linke Flügel der Radikalsozialistischen Partei ist unbefriedigt. Wenn die Regierung in der Kammer überhaupt eine Mehrheit bekommt, so wahrscheinlich nur nach bedeutenden Änderungen. Aber selbst wenn die Kammer in ihrer Mehrheit für die Regierung stimmt, so kann diese immer noch vom Senat gestürzt werden. Der Präsident des Senats, Jaenney, hat eine Rede gehalten, in der er sich scharf gegen das „Kartell“ (radikalsozialistisch-sozialistische Front) ausgesprochen hat und die „Wiederherstellung der Staatsautorität“ forderte. In manchen Kreisen wird der Senatspräsident bereits als künftiger Ministerpräsident einer Rechtsregierung betrachtet. Daß der Senat die Regierung Paul-Boncour ernstlich gefährden kann, geht daraus hervor, daß er mit großer Mehrheit die öffentliche Anschlagung der Rede des Senatspräsidenten beschloß.

Die Sozialisten haben ihren Gegenplan ausgearbeitet, den sie bei der Kammerdebatte, die Ende dieser Woche beginnt, vorbringen werden. Während der Ministerpräsident vor Veröffentlichung des Finanzplanes mit den Gewerkschaften verhandelte, setzte er sich mit den Sozialisten nicht vorher auseinander. Diese wiederum erklärten, daß es von den Gewerkschaften abhinge, ob sie ihre Stimmen für die Regierung geben könnten. In Frankreich vertreten also die Sozialisten wirklich die wirtschaftlichen Interessen der Gewerkschaften und nicht, wie es in manchen Ländern üblich ist, die Gewerkschaften „die politischen Interessen der SP.“

Den Gewerkschaften ist natürlich darum zu tun, die Massenkaukraft hochzuhalten. Darin haben sie völlig Recht. Mit einem Schlage ein Budgetdefizit von über 10 Milliarden Francs auszugleichen, geht aber kaum an ohne eine erhebliche Verringerung der Massenkaukraft. Im Interesse der Überwindung der Krise erscheint es daher im Augenblick besser, den französischen Staatshaushalt ein-zustellen unausgeglichen zu lassen. Wenn man das Defizit durch eine erhebliche Herabsetzung der Rüstungsausgaben etwa um 3 bis 4 Milliarden (von mehr als 15 Milliarden im vorigen Staatshaushalt) und einige kleinere Einsparungen halbiert und im übrigen Maßnahmen einführt, die auf die Dauer das Defizit zum Verschwinden bringen werden, wie etwa die Hebung der Massenkaukraft durch Einführung der Vierzigstundenswoche bei vollem Lohnausgleich, so ist damit weit besseres geleistet. (Durch die Herabsetzung der Rüstungsausgaben werden zwar Arbeiter in der Rüstungsindustrie freigesetzt werden, aber diese Freisetzung kann durch andere Maßnahmen ausgeglichen werden.)

Welche Gefahr soll daraus erwachsen, das Budgetdefizit eine Zeit lang nicht voll zu beseitigen? Die einzige Gefahr, die überhaupt von Bedeutung wäre, wäre die, daß die Sparer den Kopf verlieren und ihre hundert Milliarden auf einmal in Sachwerte umsetzen wollen, was zu einer beträchtlichen Preissteigerung führen würde. Aber die französischen Sparer sind jetzt nicht nervös und werden es auch nicht werden, wenn die Krise nicht schlimmer wird und wenn die Regierung eine vernünftige Politik treibt sowohl in bezug auf die Gestaltung der Finanzen als auch in bezug auf die Abwendung der Kriegsgefahr.

Obwohl auch Blum im „Populaire“ die Ansicht vertritt, daß die vollständige Deckung des Defizits nicht auf einmal zu erfolgen brauche, sieht auch der Finanzplan der Sozialisten, soweit er bisher bekannt geworden ist, eine Deckung des größten Teils des Defizits vor. In diesem Plan wird die Regierung aufgefordert, mit den Regierungen anderer Mächte Verhandlungen aufzunehmen über die internationale Regelung der Währung und die Herabsetzung der Rüstungen. Außerdem soll ein internationaler Steuerdienst eingeführt werden zur Verhinderung der Steuerhinterziehung.

Zur Verminderung der Staatsausgaben fordern die Sozialisten: 1. Verwaltungsreform zur Ausmerzung der Doppelverdiener. 2. Uebertragung der Liquidierung der Kriegslasten aus dem Budget in die autonome Amortisationskasse. 3. Strenge Revision der Renten und Kriegshinterbliebenen-Unterstützung. Schaffung einer einheitlichen Versicherungsorganisation. 4. Öffentliche Arbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Ankurbelung der Wirtschaft. 5. Aufstellung genauer Listen aller Aktionäre zur Kontrolle der Börsenspekulation. Dazu kommen noch Maßnahmen zur Sicherung der Finanzen und die Verstaatlichung aller Verkehrsmittel. Die Sozialisten meinen, auf diesem Wege 9,1 Milliarden Francs ersparen zu können.

